parlamentsreport

Ausgabe
Nr. 13 – 2019

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 Situation in der Pflege am Uni-Klinikum

3 Dauerhafter Zugang zu den NSU-Akten

4 AfD: Kampfansage vom rechten Flügel

5 Aus der Plenardebatte zum Vergabegesetz

Kommentar

#r2g legt vor

Foto: ©Landtagsfraktion DIE LINKE

Von Susanne Hennig-Wellsow
Fraktionsvorsitzende

Die Unterschiede zwischen Ost und West bei den Löhnen und Arbeitszeiten sind immer noch immens. Beschäftigte in Thüringen arbeiten mit am längsten und verdienen dafür mit am wenigsten. Diese anhaltende Benachteiligung ist mehr als beschämend. Auch die Rentenungerechtigkeit besteht fort, u.a. bei in der DDR geschiedenen Frauen und bestimmten Berufsgruppen. Sonntagsreden werden genau nichts daran ändern, dass sich Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse fühlen.
Es ist ein Armutszeugnis, wenn die Bundesregierung fast 30 Jahre braucht, um Pläne zu einer geordneten Politik für die ostdeutschen Bundesländer anzukündigen. Jüngstes Beispiel für das Ausblenden Ostdeutschlands ist die Bevorzugung eines westdeutschen Standortes für ein Batterieforschungszentrum. Mit solchen Entscheidungen wird der, Ostdeutsche und ihre Lebensleistung diskriminierende und demütigende Umgang fortgesetzt.

Die LINKE legte im vergangenen Jahr den Aktionsplan Ost vor mit Initiativen u.a. zur Tarifbindung in den ostdeutschen Ländern, Erhöhung des Mindestlohns und Angleichung der Arbeitszeiten. R2g# in Thüringen hat in den letzten fünf Jahren Wesentliches erreicht, um Benachteiligung abzufangen, und deutliche Verbesserungen auf den Weg gebracht: das Vergabegesetz sorgt für höhere Entlohnung und Tariftreue, Familien werden mit zwei beitragsfreien Kita-Jahren finanziell entlastet, Thüringen investiert massiv in bessere Bildung und mehr Lehrereinstellungen. Gleichzeitig wird Vorsorge getroffen, um der Klima- und Waldkatastrophe zu begegnen.

Sicherer Hafen

Rot-Rot-Grün: „Wir wollen ein Europa, das Menschenrechte achtet“

Mit einer gemeinsamen Aktion im Plenarsaal am 5. Juli vor Beginn der Landtagssitzung hatten die Regierungsfraktionen auf die desolate Menschenrechtssituation vor den Toren Europas aufmerksam gemacht. Die Koalition hat einen Antrag vorgelegt, der Thüringen zum „sicheren Hafen“ machen soll und Kommunen unterstützt, die sich zur Aufnahme aus Seenot geretteter Menschen entscheiden.

Tagtäglich spielen sich humanitäre Katastrophen ab. Geflüchtete werden innereuropäisch, z.B. in Kroatien und Ungarn, völkerrechtswidrig behandelt, zurückgedrängt und gequält, sie ertrinken im Mittelmeer. Europa schaut zu“, so die rot-rot-grünen Fraktionsvorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow (DIE LINKE), Matthias Hey (SPD) und Dirk Adams (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

„Wir wollen ein Europa, das Menschenrechte achtet, statt sie im Mittelmeer zu versenken. Deshalb soll nicht nur Thüringen sicherer Hafen sein. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene für die Menschen einzusetzen, deren Fluchtursachen wir mitverantworten“, beschreibt Sabine Berninger, flüchtlingspolitische Sprecherin der Linksfraktion, das Anliegen des Antrags.

Die Kriminalisierung der Seenotrettung müsse beendet werden, so der Flüchtlingspolitiker der SPD-Fraktion, Dr. Thomas Hartung. „Die Zivilgesellschaft und private Initiativen zur Seenotrettung beschämen die auf Abschottung ausgerichtete europäische Politik. Diese Initiativen, wie der Appell der 21 ProfessorInnen der Bauhaus-Uni in Weimar oder die Seebrücke Erfurt, verdienen unsere Unterstützung“, sagte Astrid Rothe-Beinlich von der Fraktion der Grünen.

Wohltat Kindergelderhöhung?

Kati Engel: „Die Anpassung geht gerade an den Ärmsten vorbei“

Am 1. Juli wurde das Kindergeld angehoben. Dies ist nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit die höchste Steigerung seit 2010. Für das erste sowie das zweite Kind stieg das Kindergeld von 194 auf 204 Euro. Für das dritte Kind bekommen Eltern 210 statt 200 Euro. Ab dem vierten Kind werden 235 Euro monatlich gezahlt.

Das Kindergeld wird bei Hartz IV, Sozialhilfe oder Sozialgeld als Einkommen gezählt und auf die Regelleistung vollständig angerechnet. Die Erhöhung wird aber nicht zu erhöhten Kinderregelsätzen führen. Das hat die Bundesregierung beschlossen. „Das heißt, dass jede Erhöhung nur den Hartz-IV-Bezug mindert. Gerade Familien, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, profitieren also gar nicht, obwohl sie es am nötigsten hätten. Damit geht die Anpassung gerade an den ärmsten Familien vorbei“, kritisierte die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag, Kati Engel.

Mehr als vier Millionen Kinder in Deutschland sind abhängig von Sozialleistungen. In Thüringen ist nach Angaben des Sozialministeriums ein Fünftel der Kinder und Jugendlichen von Armut bedroht. Fast 50.000 Kinder und Jugendliche leben in sogenannten Bedarfsgemeinschaften, das bedeutet, dass 15 Prozent aller Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in Thüringen auf Hartz IV angewiesen sind. „Die Anrechnung des Kindergeldes ist eine sozialpolitische Fehlregelung, die unbedingt korrigiert werden muss. Die Kinderregelsätze der Leistungen nach dem SGB II müssen mindestens um die Erhöhung des Kindergeldes angehoben werden. Vor allem aber brauchen wir in Deutschland endlich soziale Leistungen, die hoch genug sind, Armut zu verhindern und allen Kindern eine gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen – wie z. B. eine eigenständige Kindergrundsicherung für alle Kinder.“

Solange dies nicht erfolge, könne die Kindergelderhöhung „nicht als Wohltat für die Familien verkauft werden“, so die Abgeordnete.

Umfassende Gleichstellung von Frauen

Rot-rot-grüner Gesetzentwurf zur Einführung der paritätischen Quotierung beschlossen

Das Paritätsgesetz ist ein wichtiger Schritt hin zu umfassender Gleichstellung von Frauen. So sagte es Karola Stange, die gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, zur am 5. Juli beschlossenen gesetzlichen Pflicht der paritätischen Quotierung von KandidatInnen-Listen für die Landtagswahlen.

Mit dem Gesetz sollen auch Parteien, die bisher frauen- und gleichstellungspolitisch nicht so aktiv waren, motiviert werden, auf verstärkte Suche nach politisch engagierten Frauen zu gehen. Die Quotierung ist zudem ein Anstoß, sich um die Beseitigung diskriminierender Strukturen und Politikstile verstärkt zu kümmern.

Zwar ist der Thüringer Landtag im Bundesvergleich gar nicht so schlecht aufgestellt hinsichtlich seines Frauenanteils - hier sind 40,6 Prozent der Abgeordneten weiblichen Geschlechts -, „aber zu einer paritätischen Quotierung fehlt noch ein ganzes Stück“, sagte Anja Müller, die Sprecherin für Bürgerbeteiligung der Fraktion DIE LINKE. „Es geht um die angemessene Selbstvertretung von Frauen und darum, dass es der Politik gut tut, wenn der ‚weibliche Blick‘ auf die gesellschaftlichen Realitäten mehr Einfluss bekommt“, meinte sie.

Einer von der AfD-Fraktion angekündigten Klage beim Thüringer Verfassungsgerichtshof sieht die LINKE-Landtagsfraktion gelassen entgegen. „Artikel 2 Absatz 2 der Thüringer Verfassung gibt dem Gesetzgeber den Auftrag zu konkreten Maßnahmen, um noch bestehende Benachteiligungen von Frauen zu beseitigen. Mit dem Beschluss des Paritätsgesetzes kommen die rot-rot-grünen Fraktionen diesem Verfassungsauftrag nach“, betonten Anja Müller und Karola Stange abschließend.

Foto: ©Linksfraktion Thüringen

Sozialer Wohnungsbau

Ankurbeln

Das Thüringer Wohnungsbündnis hat jetzt eine Bilanz zum sozialen Wohnungsbau gezogen. Rund 230 Sozialwohnungen – mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr – entstanden 2018, weitere werden gebaut und sind für die nächsten Jahre geplant. Die Fördermittel sowohl für den Neubau als auch für die Barrierereduzierung werden gut angenommen und machen auch den Bedarf deutlich. Es war richtig, diese Förderprogramme auf den Weg zu bringen, um den sozialen Wohnungsmarkt in Thüringen stärker anzukurbeln.

Er ist wichtig in den Ballungszentren, aber auch im ländlichen Raum wächst die Nachfrage nach barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum. Ältere Menschen, oft alleinstehend, verkaufen ihre Häuser, um in der nächstgrößeren Stadt eine Wohnung zu mieten, denn die oft kleinen Renten reichen nicht für Dienstleistungen, wie Rasenmähen oder Putzhilfe. Daher ist der Schritt, sozialen Wohnungsneubau auch in kleineren Städten, wie Eisenach oder Schmölln, voranzubringen, richtig.

Notwendig sind noch stärkere Anstrengungen auch in Erfurt und Jena. Nicht akzeptabel ist der Erfurter Stadtratsbeschluss, die Kommunale Wohnungsgesellschaft an die Stadtwerke zu geben. Ich unterstütze das gegenwärtig stattfindende und von der Mieterinitiative „Gegen den Verkauf der KoWo“ initiierte Bürgerbegehren.

Ute Lukasch ist wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Thüringer Landtag

Überlastung und Stress

Linksfraktion im Gespräch mit Pflegekräften des Uniklinikums Jena

Auf Einladung von ver.di und von Pflegekräften des Jenaer Universitätsklinikums (UKJ) hatte die LINKE Landtagsfraktion am 19. Juni in Jena getagt. Einziger Tagesordnungspunkt die Situation in der Pflege am UKJ. Beschäftigte berichteten von ihrem Arbeitsalltag, zunehmend geprägt von Überlastung und Stress aufgrund unzureichender Personalausstattung in vielen Bereichen des Krankenhauses. Darunter litten auch die Patientinnen und Patienten, deren Genesungsprozess aufgrund fehlender Pflegekräfte nicht optimal gestaltet werden könne.

Die Berichte der Krankenschwestern und Pfleger kommen einem Hilferuf gleich“, sagte Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow. „Wir haben gehört, dass die Personalausstattung in der Pflege so knapp bemessen ist, dass mitunter nicht mehr sichergestellt werden kann, dass selbst Patientinnen und Patienten in lebensbedrohlichen Situationen die Zuwendung bekommen, die zwingend notwendig ist. Ich hätte nicht für möglich gehalten, dass solche Zustände existieren. Hier muss sich schnellstmöglich etwas ändern.“

Die Linksfraktion unterstützt das Anliegen der Pflegekräfte, mit dem UKJ einen Tarifvertrag abzuschließen, der bessere Arbeitsbedingungen festlegt und auf damit die Qualität der Pflege erhöht. Die Situation in Jena stehe beispielhaft für die Probleme in vielen Kliniken. Verantwortlich sei in erster Linie das bundesgesetzliche Finanzierungssystem der Krankenhäuser, das die Pflege lange vernachlässigt und zu dem jetzt eingetretenen Pflegenotstand geführt habe. Die Bundesregierung habe bereits vor einiger Zeit Abhilfe versprochen, aber bislang nicht geliefert.

Das sogenannte Pflegepersonal-Stärkungsgesetz der Großen Koalition trägt gerade nicht zu einer besseren Pflege in den Krankenhäusern bei. Denn die dort festgelegten Personal-Patientenschlüssel sind zum einen zu niedrig angesetzt. Das führt dazu, dass in Abteilungen mit Personal oberhalb der Untergrenzen häufig sogar noch Pflegepersonal eingespart wird. Zum anderen führt die Festlegung allein für die Fachgebiete Intensivmedizin, Kardiologie, Geriatrie und Unfallchirurgie dazu, dass Personal auf diese Stationen verlegt wird, was den Notstand in den anderen Bereichen weiter verschlimmert. „Das kann nicht die Lösung sein“, fasste die LINKE-Politikerin ihre Kritik am zögerlichen Agieren der Bundesregierung zusammen. Notwendig sind angemessene Personalschlüssel für alle Bereiche eines Krankenhauses. Sie sind ein wichtiges Element zur Sicherung der Pflegequalität. Zwar hat die Bundesregierung im Rahmen der Konzertierten Aktion Pflege solche Personalschlüssel angekündigt. „Aber wann diese kommen und ob diese dann wirklich wirksam den Pflegenotstand beheben, ist völlig unklar“, stellte Susanne Hennig-Wellsow fest. Deshalb prüft die Linksfraktion mit dem Gesundheitsministerium, ob das Land von sich aus den Krankenhäuser Quoten für Pflegekräfte vorschreiben kann, so wie es das schon im Fall von Fachärzten getan hat.

„Klar ist, wir müssen die Qualität der Pflege sowohl im Sinne der Patientinnen und Patienten als auch der Pflegekräfte so schnell und wirksam wie möglich verbessern. Und wenn wir als Land dazu die gesetzlichen Möglichkeiten haben, dann bin ich dafür, das auch zu tun“, unterstrich die Fraktionsvorsitzende und verwies auf das Krankenhaus-Strukturgesetz von 2014. Dort wird den Bundesländern die Möglichkeit eingeräumt, eigene qualitätssteigernde oder qualitätssichernde Elemente festzulegen. Und dazu gehören nach Ansicht der LINKEN auch die dringend benötigten Festlegungen von Personaluntergrenzen für die Pflege in den Thüringer Krankenhäusern.

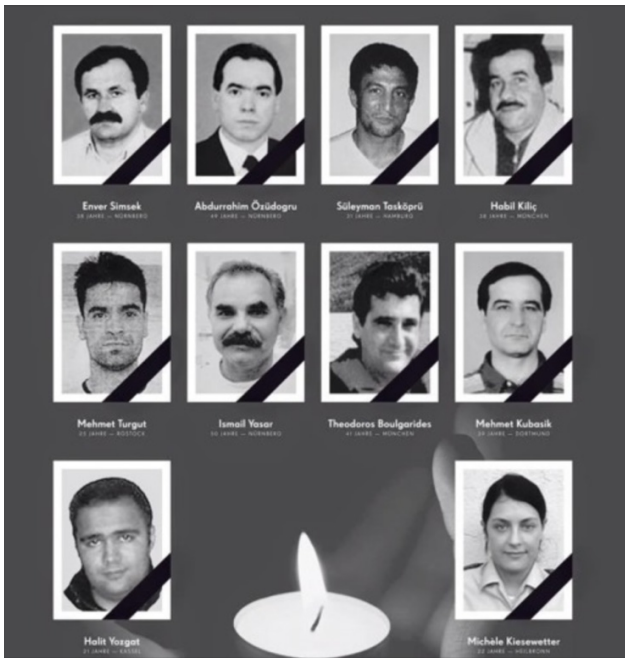
Dauerhafter Aktenzugang

Forderungen anlässlich des Jahrestages der NSU-Urteilsverkündung

Anlässlich des ersten Jahrestages der Urteilsverkündung im Münchner NSU-Prozess am 11. Juli 2018 sagte die Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Katharina König-Preuss, dass die Auseinandersetzung mit dem NSU-Terror und seinen Ursachen weitergehen müsse. Sie forderte, dass dafür die Zugänglichkeit sämtlicher NSU-Akten dauerhaft gewährleistet werden muss.

Wir brauchen eine kontinuierliche gesellschaftliche Aufarbeitung des NSU-Komplexes über die strafrechtliche Verfolgung und parlamentarische Betrachtung hinaus. Dazu müssen zivilgesellschaftliche Akteure, Wissenschaftler und Journalisten einen dauerhaften Zugang zu den Akten der Strafverfahren und Untersuchungsausschüsse erhalten“, betonte die LINKE-Abgeordnete Katharina König-Preuss. Dies könne etwa durch die Einrichtung eines NSU-Archivs gewährleistet werden.

Angesichts der weiterhin aktiven Nazi-Netzwerke um „Blood-Honour“ oder „Combat 18“ sei die Gefahr weiterer rassistischer Mordanschläge unverändert hoch. Dem könne jedoch nur wirksam begegnet werden, wenn umfassend aufgeklärt werde, wie und wo diese Netzwerke agieren, wer sie finanziert und unterstützt. Dazu könnten die für den Prozess aber auch für die vielen Untersuchungsausschüsse zum NSU zusammengetragenen Akten einen wertvollen Beitrag leisten. Dass diese Arbeit nicht staatlichen Stellen allein überlassen werden könne, habe das systemische Versagen des Verfassungsschutzes beim NSU und in der Folge beim Umgang mit Pegida und AfD bewiesen. Selbst der Prozess in München habe die Szene letztlich gestärkt.



„Die milden Urteile gegen Ralf Wohlleben und André Eminger haben beiden den Status von Helden innerhalb der Neonazi-Szene eingebracht und keinerlei Abschreckung erzeugt“, ist sich Katharina König-Preuss sicher. Dazu müsse man sich nur die Ereignisse in Chemnitz im letzten Sommer und das Auftreten von Gruppen wie „Revolution Chemnitz“ ansehen.

„Nur mit einem konsequenten gesellschaftlichen Antifaschismus wird es möglich sein, den Rechtsruck zurückzudrängen. Dieser Aufgabe müssen wir alle uns stellen - jeden Tag“, betonte die Abgeordnete.

Bereits am 21. Juni hatten die SprecherInnen für antifaschistische Politik der Fraktionen DIE LINKE in Bund und Ländern ein sofortiges und bundesweites Verbot der Terrorstruktur „Combat 18“ gefordert und auf entsprechende Verbindungen des mutmaßlichen Mörders des hessischen Regierungspräsidenten Walter Lübcke hingewiesen. „Uns ist unverständlich, warum nicht längst gehandelt wurde. Auch mögliche Verbindungen von Stephan E. und seinem politischen Umfeld zum NSU-Komplex müssen schleunigst ausgeleuchtet werden – hier sehen wir den Generalbundesanwalt gefordert. Mehrere Kontaktpersonen von E. waren bei den Ermittlungen zu der rassistischen Mordserie bekannt geworden. Deren Rolle könnte jetzt in einem neuen Licht erscheinen. Die Gefahr, dass sich erneut rechtsterroristische Strukturen ausbilden – oder sie weiterhin geschont bleiben – ist akut“, erklärten die LINKE-Abgeordneten, unter ihnen Katharina König-Preuss.

Die Redezeit reichte nicht…

Im Rahmen einer Aktuellen Stunde, beantragt von der SPD-Fraktion, hatte sich der Thüringer Landtag am 3. Juli mit dem Thema „Mordfall Lübcke – Rechtsterroristische Netzwerke auch in Thüringen bekämpfen“ befasst. Ganz still war es im Plenarsaal, als die LINKE-Abgeordnete Katharina König ihre außergewöhnliche Rede hielt:

„Von Neonazis ermordet: Walter Lübcke; Christopher W.; Daniel Ernst; Selçuk Kiliç; Janos Roberto Rafael; Can Leyla; Chousein Daitzik; Sevda Dag; Giuliano Josef Kollmann; Sabina Sulaj; Armela Sehashi; Dijamant Zabergaja; Charles Werobe; Karl Heinz L.; Klaus-Peter Kühn; André Kleinau; Duy-Doan Pham; Kamal Kilade; Sven M.; Marwa El-Sherbini; Marcel W.; Rick Langenstein; Hans-Joachim Sbrzesny; Karl-Heinz Teichmann; Bernd Köhler; Peter Siebert; Michèle Kiesewetter; Andreas F.; Andreas Pietrzak; Halit Yozgat; Mehmet Kubaşık; Tim Maier; Theodorus Boulgarides; İsmail Yaşar; Thomas Schulz; Mehmet Turgut; Martin Görges; Oleg Valger; Waldemar Ickert; Aleksander Schleicher; Viktor Filimonov; Stefanos C. ; Petros C.; Alja Nickel; Mechthild Bucksteeg; Hartmut Nickel; Thomas K.; Gerhard Fischhöder; Günter T.; Enrico Schreiber; Andreas Oertel; Hartmut Balzke; Ahmet Sarlak; Marinus Schöberl; Ronald Masch; Kajrat Batesov; Klaus Dieter Lehmann; Ingo B.; Habil Kılıç; Doris Botts; Dieter Manzke; Süleyman Taşköprü; Abdurrahim Özüdoğru; Axel Urbanietz; Mohammed Belhadj; Fred Blank; Willi Worg; Eckhardt Rütz; Belaid Baylal; Malte Lerch; Enver Şimşek; Norbert Plath; Jürgen Seifert; Klaus-Dieter Gerecke; Matthias Larisch von Woitowitz; Yvonne Hachtkemper; Thomas Goretzky; Alberto Adriano; Falko Lüdtke; Dieter Eich; Helmut Sackers; Bernd Schmidt; Jörg Danek; Ruth Zillenbiller; Horst Zillenbiller; Karl-Heinz Lietz; Daniela Peyerl; Hans-Werner Gärtner; Kurt Schneider; Patrick Thürmer; Carlos Fernando; Peter Deutschmann; Egon Effertz; Omar Ben Noui; Nuno Lourenço; Erich Fisk; Peter T.; Horst Pulter; Michael Gäbler; Piotr Kania; Gunter Marx; Jan W.; Beate Fischer; Klaus R.; Eberhart Tennstedt; Ali Bayram; Bakary Singateh; namentlich unbekannter Obdachloser; Hans-Georg Jakobson; Horst Hennersdorf; Gülüstan Öztürk; Saime Genç; Hülya Genç; Hatice Genç; Gürsün Ince; Matthias Lüders; Hans-Peter Zarse; Mustafa Demiral; Mike Zerna; Mario Jödecke; Karl Sidon; Sahin Calisir; Hans-Jochen Lommatzsch; Bruno Kappi; Yeliz Arslan; Ayse Yilmaz; Bahide Arslan; Silvio Meier; Alfred Salomon; Karl-Hans Rohn; Rolf Schulze; Waltraud Scheffler; Günter Schwannecke; Frank Bönisch; Ireneusz Szyderski; Dieter Klaus Klein; Sadri Berisha; Emil Wendland; Thorsten Lamprecht; Nguyen Van Tu; Erich Bosse; Ingo Finnern; Gustav Schneeclaus; Dragomir Christinel; Matthias Knabe; dreiköpfige Familie aus Sri Lanka…
Es ist nicht gelungen, in den fünf Minuten alle Namen aller Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland zu nennen.“

» Kali-Abwässer

Nachdem jetzt das Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen Deutschland wegen der Kalisalzabwassereinleitungen eingestellt wurde verwies MdL Tilo Kummer auf notwendige weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität. Einen Lösungsweg sieht er in der stofflichen Aufbereitung der Produktionsabwässer, womit sich auch die Arbeitsplätze langfristig sichern ließen. Marit Wagler, ebenfalls LINKE-Abgeordnete, die zur Wirkung von Kali-Abwässern auf die Vermehrung von Süßwasserfischen promoviert hat, unterstreicht die Möglichkeit, vor allem Salzbestandteile, wie Magnesium und Kalium, zu entfernen und so die Wasserqualität der Werra zu verbessern.

» Grundsteuer

Nach der Einigung der Koalition in Berlin zur Grundsteuer gab Ralf Kalich, Sprecher für Kommunalfinanzen der Linksfraktion im Thüringer Landtag, zu bedenken, dass eine Öffnungsklausel die Steuerungerechtigkeit in Deutschland vertiefen werde.
So sei bislang völlig offen, ob Bayern nur das Berechnungsmodell für die Grundsteuer ändere oder ob es auch zu deutlichen Steuernachlässen beim Gesamtaufkommen oder zu Zusatzbelastungen für Mieter auf Länderebene komme. „Die LINKE hält an ihrer Forderung fest, dass die Grundsteuer den Wert der Gebäude berücksichtigen muss. Auch darf sie nicht mehr auf Mieter als Betriebskosten umgelegt werden.“

» Rechnungshof

„Der Bericht des Thüringer Rechnungshofs für 2019 mit Bemerkungen zur Haushaltsführung für 2017 war insgesamt eine Bestätigung der Politik von Rot-Rot-Grün. Dennoch geben die Kritikpunkte Anlass zur Korrektur an einzelnen Stellen“, so MdL Ronald Hande. So müssten z.B. das Gesetz über die Industrie- und Handelskammern überprüft werden und die Software-Lizenzen der Landesverwaltung besser geregelt werden.
Der Finanzpolitiker der Linksfraktion widerspricht dem Rechnungshof allerdings in Bezug auf die Entnahme aus Rücklagen: „Es ist richtig, stärker zu investieren, wenn viel Geld vorhanden ist. Die Rücklagen sind so hoch wie noch nie.

Regionale Integrationsprojekte unverzichtbar

Ina Leukefeld: „Langzeitarbeitslose Menschen werden sachkundig beraten und begleitet“

Eine engagierte Arbeit wird in den regionalen Integrationsprojekten für Langzeitarbeitslose geleistet“, sagte Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion, auf deren Einladung kürzlich im Landtag ein Treffen mit Projektleitern stattfand.

Es gehöre zur Bilanz der Politik von Rot-Rot-Grün in Thüringen, dass besonderes Augenmerk auf die in 23 Kommunen an 47 verschiedenen Orten bestehenden Integrationszentren gerichtet wurde. Die hier tätigen 93 Beschäftigten haben 14.550 Menschen, davon 80 Prozent Langzeitarbeitslose, beraten und sachkundig begleitet – oberstes Ziel, sie auf eine dauerhafte Integration in Arbeit vorzubereiten. Das ist bei knapp einem Drittel der betroffenen Frauen und Männer erfolgreich gelungen, 3.839 kamen in Arbeit oder machten sich selbständig.

„Aber auch sonst sind die Bemühungen nützlich und sinnvoll. So konnte die berufsspezifische und persönliche Situation bei drei Viertel der betroffenen Menschen deutlich verbessert werden“, betonte die Abgeordnete und verwies darauf, dass mehr als 1.000 junge Leute bis 25 Jahre die guten Möglichkeiten der individuellen Beratung und Begleitung aussichtsreich nutzen konnten. Dies sei nicht zuletzt „ein Beitrag zur Gewinnung und Heranbildung von Facharbeitern, die wir in Thüringen brauchen.“

Jeder, der hier lebe, solle eine gute und sichere Zukunft haben. „Unser Landesarbeitsmarktprogramm und das Programm öffentlich geförderte Beschäftigung/Gemeinwohlarbeit sind dabei gute Ergänzungen, ebenso wie die soziale Beratung und Begleitung bei der Behebung so mancher individueller Probleme, wie Überschuldung, Sucht, schwierige familiäre Situation, wohnungs- oder gesundheitlicher Probleme, “ so Ina Leukefeld, die betonte: „Die Arbeit in den Integrationszentren, die auf ihr zehnjähriges Bestehen zugehen, sollte auch in Zukunft fortgesetzt werden.“

Verhütungsmittel

Kostenübernahme

Das Modellprojekt biko von pro familia wurde jetzt abgeschlossen. Aus diesem Anlass unterstützte die Gleichstellungspolitikerin der Linksfraktion, Karola Stange, Forderungen nach einer vollständigen Kostenübernahme für Verhütungsmittel. Das zweijährige bundesweite Projekt „biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung“ ermöglichte einen niedrigschwelligen Zugang zu verschreibungspflichtigen, sicheren und gut verträglichen Verhütungsmitteln für Frauen, die wenig Geld haben.

„In Thüringen konnte das Projekt an den Standorten Erfurt und Artern mit Zusagen auf Kostenübernahmen in 1.670 Fällen nachweisen, dass der Bedarf in den Regionen da ist“, so Karola Stange. Dabei gehe es nicht nur um die ganz praktische finanzielle Unterstützung von Frauen, „sondern auch um die Stärkung ihres Rechts auf Information und Beratung“.

Die LINKE-Politikerin plädierte für ein verstetigtes und zuverlässiges Angebot für alle Frauen in der Bunderepublik, unabhängig vom Wohnort. „Es geht um die vollständige Kostenübername für hormonelle wie hormonfreie Verhütungsmittel – ob verschreibungspflichtig oder nicht – für alle Frauen. Dabei ist wichtig, dass es keine Einschränkungen gibt und Frauen frei wählen können. Es braucht die bestmögliche Lösung, die Frauen in ihrer Selbstbestimmung stärkt“, betonte die Abgeordnete mit Verweis auch auf entsprechende Bundesrats-Aktivitäten der rot-rot-grünen Landesregierung.

Der Kyffhäuser-„Flügel“

Auszüge aus einem Beitrag von Joachim Bischoff und Rainer Benecke

Das „Kyffhäuser-Treffen“ ist das jährliche Treffen des völkisch-nationalistischen „Flügels“ in der AfD. Es dient der radikalen Gruppierung zum Netzwerken und zur Selbstvergewisserung. Die völkisch-nationalistische AfD-Gruppierung „Der Flügel“ wurde 2015 mit der Veröffentlichung der »Erfurter Resolution« von Björn Höcke aus der Taufe gehoben.

Die Resolution spricht sich gegen eine Anpassung der Partei an den Mainstream aus und fordert eine nationalistische Ausrichtung der AfD. Bis zu einem Drittel der AfD-Mitglieder sollen „Flügel“-Sympathisant*innen sein, gut 800 sind zum diesjährigen Treffen gekommen. Das Treffen der Vereinigung stand unter dem Motto „Der Osten steht auf“. „Flügel“-Chef Höcke stand im Zentrum dieses fünften „Kyffhäuser-Treffens“ und hielt das Schlüsselreferat.

Die Ankündigung seines Auftritts spricht Bände: „Du bist unser Anführer, dem wir gerne bereit sind zu folgen.“ Und bei diesem »Anführer« wird die Systemkritik überdeutlich.

Er werde selbst für den Vorstand kandidieren – sollte Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) im Herbst abgewählt werden und die AfD „Geschichte schreiben“. Die Chancen stehen nicht schlecht, dass die AfD bei der Wahl tatsächlich stärkste Kraft in Thüringen wird. So oder so könne er versichern, dass der aktuelle Bundesvorstand nicht wiedergewählt werde, sagt Höcke unter tosendem Applaus.

Höcke macht im weiteren klar, dass „der große Bevölkerungsaustausch“ in der Republik seit langem Praxis sei: „Klar ist auch, liebe Freunde, dass die seit Jahrzehnten praktizierte Politik der offenen Grenzen – und sie wird eigentlich schon seit 1955 praktiziert –, dass diese von den Altparteien zu verantwortende irrationale Zuwanderungspolitik uns finanziell hat bluten lassen, als hätten wir einen weiteren Krieg verloren.“ Der „Flügel“-Chef fordert eine „180-Grad-Wende“ in der Einwanderungspolitik – was durchaus als Anspielung verstanden werden darf auf seine Forderung einer Wende um 180 Grad in der Erinnerungspolitik, die vor zwei Jahren für Entsetzen sorgte. Und Höcke sagte weiter: „Eine wirkliche Demokratie ist Deutschland heute für mich nicht mehr. Deutschland ist für mich heute eine Maulkorb-Demokratie, die leider auf dem besten Weg ist, zu einer Wohlfühl-Diktatur zu werden.“

Erstmals mit einem offiziellen Redebeitrag dabei ist mit Ellen Kositza eine Vertreterin der so genannten Neuen Rechten. Noch 2015 verwehrte die AfD ihr und ihrem Partner, dem neurechten Verleger Götz Kubitschek die Mitgliedschaft. Beide gelten als zentrale Akteure der rechtsradikalen Szene mit inzwischen engen Kontakten zu „Flügel“-Kreisen. Der Kyffhäuser-„Flügel“ will in den anstehenden Landtagswahlen mit guten Stimmergebnissen belegen, dass die radiale Ausrichtung auf eine völkisch-nationalistische Weltsicht und Programmatik ankommt.

Schon vor der innerparteilichen Abrechnung im Herbst gibt es in etlichen Landesverbänden harte Konflikte über den weiteren politischen Kurs – siehe etwa die aktuellen Auseinandersetzungen in Nordrhein-Westfalen und Bayern, die diese AfD-Landesverbände zu zerreißen drohen. Höcke hat auf dem diesjährigen „Flügel“-Treffen Radikalität demonstriert. Es sollte niemand mehr daran zweifeln, dass der, der AfD wählt, den zum Führer stilisierten Björn Höcke will.

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus, Rainer Benecke ist Leiter der Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.
Der vollständige Beitrag vom 9.Juli: https://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/afd-kampfansage-vom-rechten-fluegel/

Sozialismus.deAktuell
Monatlich ein Heft mit Hintergründen, Analysen & Kommentaren | täglich im Netz

Tariftreueregelungen

Dieter Hausold: Schritt zu Wiederherstellung sozialer Marktwirtschaft

Mit dem am 5. Juli vom Landtag beschlossenen Vergabegesetz „geht Thüringen einen wichtigen Schritt, um für die Beschäftigten die Entlohnung deutlich zu verbessern. Die Regelungen zur Tariftreue in allen Branchen sind ein Novum für die Bundesrepublik. Damit wird Thüringen Vorreiter für ein modernes Vergaberecht", erklärte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, und hob hervor: „In der Koalition haben wir uns für den Vergabemindestlohn auf 11,42 Euro geeinigt. Das ist ein guter Kompromiss, weil er deutlich über dem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn liegt und weil wir vereinbart haben, dass der Vergabemindestlohn jährlich entsprechend der allgemeinen Tarifentwicklung erhöht werden wird."

In der Debatte hatte auch der Wirtschaftspolitiker der Linksfraktion, Dieter Hausold, das Wort ergriffen und gesagt: „Dieses Gesetz ist ein Schritt in Richtung Umdenken, Stärkung der Tarifpartner und Wiederherstellung einer sozialen Marktwirtschaft." In seiner Rede betont hatte er die Bedeutung der sozialökologischen Kriterien und der Stärkung der regionalen Kreisläufe. Im Folgenden Auszüge aus seiner Rede:

„Ich rede mal über die Halbwertzeit von Aussagen der CDU"

„Wenn man über dieses Gesetz redet, dann ist völlig klar, dass es die Tarifpartner stärkt und nicht schwächt. Das war ein wesentlicher Ausgangspunkt, den das Ministerium von Anfang an vertreten hat und der Minister und wir auch. Dann will ich nicht mehr über alle möglichen Einzelheiten debattieren, das haben wir lange genug gemacht, aber ich will schon mal auf ein paar Punkte aufmerksam machen, die im politischen Kontext stehen.

Ich rede mal über Halbwertszeit von Aussagen der CDU, da meine ich jetzt auch Ihre Bundespartei. Wie lange haben Sie sich gegen einen gesetzlichen Mindestlohn auf der Bundesebene gesperrt! Wie lange haben Sie genau wie die Kammern immer das geredet, Kollege Prof. Voigt, was Sie heute hier wieder gesagt haben, nämlich nach der Einführung des Mindestlohns wird es die politische, wirtschaftliche und soziale Katastrophe für dieses Land sein!

Es wird Entlassungen zu Tausenden geben usw. usf. Dann haben Sie sich dank des Koalitionspartners SPD endlich und zum Glück in der Koalition durchgerungen, Ihre Position zu ändern. Dann muss ich Sie mal fragen: Was ist denn von Ihren ganzen Unkenrufen und Ihrer Schwarzmalerei beim Mindestlohn übrig geblieben? Genau nichts, meine Damen und Herren, genau nichts!

Auch der ist natürlich nur ein Tropfen auf den berühmten heißen Stein und muss weiter ausgebaut werden. Aber um den Kontext mal über Thüringen hinaus zu ziehen: Dieser Mindestlohn hat wenigstens einen gewissen Beitrag dazu geleistet, dass das insgesamt in Europa problematische Außenhandelsübergewicht der Bundesrepublik Deutschland etwas eingeschränkt wird. Im Interesse der europäischen Idee und bei den Problemen, die wir heute gerade haben, sind Schritte in diese Richtung enorm wichtig.

Warum sich das auch auf den sozialen Zusammenhalt auswirkt

Ein kleiner, aber für Thüringen enorm wichtiger Schritt in diese Richtung ist dieses Gesetz. Deshalb hat meine Fraktionsvorsitzende völlig recht, wenn sie sagt, das ist auch ein Stück Neuland in der Bundesrepublik Deutschland.

Christine Lieberknecht hat als Ministerpräsidentin gesagt: ‚Die Tatsache, dass es dem Land gut geht, wenn es der Wirtschaft gut geht, ist schon lange nicht mehr so.' Das, meine Damen und Herren, müssen Sie sich mal überlegen und besser durchdenken. Die Soziale Marktwirtschaft hat im Kern die Position, dass sowohl Unternehmen und Eigentümer als auch Beschäftigte im Prinzip sogar im gleichen Maße von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes profitieren. Wir haben 20/25 Jahre im Bund und auch europaweit leider eine Politik hinter uns, die das ad absurdum geführt hat, die die Schere zwischen Arm und Reich, zwischen den Einkommen aus Arbeit und den Einkommen aus Gewinn immer weiter auseinandergebracht hat. Da gibt es viele Gründe, warum sich das natürlich auch auf den sozialen Zusammenhalt in diesem Land auswirkt. Wenn wir also über ein Vergabegesetz mit diesen Kriterien debattieren, dann debattieren wir nicht im engen Sinne nur über Vergabekriterien, da debattieren wir darüber, wie wir eine Soziale Marktwirtschaft schrittweise in diesem Land wiederherstellen wollen."

Verantwortung wahrnehmen

Abschließend hatte Dieter Hausold betont: Insofern ist es natürlich aus Thüringen ein generelles politisches Zeichen, welche Debatten und welche Richtungen die gesellschaftliche Entwicklung bestreiten sollte, um zukunftsfest im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Verantwortung wahrzunehmen. Und ich finde, die rot-rot-grüne Koalition, die Landesregierung und der Minister nehmen diese Verantwortung in hervorragender Art und Weise wahr."

Protokolle der Reden der Abgeordneten sind auf den Internetseiten des Landtags nachzulesen unter: www.thueringer-landtag.de/plenum/protokolle/

Gemeindegebietsreform

Der richtige Weg

Die Verschuldung ist nicht das Hauptproblem Thüringer Kommunen. In Thüringen sind mehr als 160 Gemeinden schuldenfrei. Ein Großteil dieser Gemeinden ist allerdings deshalb schuldenfrei, weil sie aufgrund ihrer Struktur- und Leistungsschwäche nicht kreditwürdig sind. Daran wird im Übrigen auch deutlich, dass Schulden kein Kriterium für die Leistungsfähigkeit von Städten und Gemeinden darstellen", erklärte der kommunalpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Frank Kuschel. Er reagierte damit auf den Vorschlag der Regierungskommission für „Gleichwertige Lebensverhältnisse", dass der Bund Kommunen beim Abbau ihrer Schulden helfen solle.

„Ich bezweifle zumindest für Thüringen, ob dieses Instrument der Königsweg ist, um die Gemeinden und insbesondere die strukturschwachen ländlichen Regionen im Freistaat nachhaltig zu stärken", meinte der Kommunalexperte der LINKEN. Wenn mehr investiert werden solle, müsse zu allererst die Verwaltung effizienter strukturiert werden.

„Daher ist der von Rot-Rot-Grün in Thüringen eingeschlagene Weg der freiwilligen Gemeindegebietsreform richtig und wird weiter fortgeführt", betonte der Abgeordnete. Nur so können leistungsstarke Verwaltungsstrukturen geschaffen werden. Frank Kuschel sprach sich zudem für das Fortführen und Ausbauen staatlicher Strukturpolitik im ländlichen Raum aus. „Wenn Bank- und Postfilialen, Supermärkte, Gaststätten und Bäckereien in ländlichen Regionen schließen und somit die Qualität des Lebens in unseren Dörfern sinkt, liegt eindeutig Marktversagen vor. Wer dem entgegenwirken will, muss sich für staatliche Strukturpolitik in diesen Regionen einsetzen."

Dazu gehören unter anderem die gezielte Ansiedlung von Unternehmen, die staatliche Unterstützung zur Errichtung und Betreibung von Dorfläden, die Förderung des Breitbandausbaus und der Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs. „Das ist gut investiertes Geld zum Erhalt und zur Stärkung des ländlichen Raumes", sagte der LINKE Kommunalexperte.

Wichtig sei zudem, dass die Gewährleistung von Aufgaben der Daseinsvorsorge durch die öffentliche Hand erfolge. „Gute Beispiele sind hierfür die Kommunalisierung der Abfallwirtschaft und des Öffentlichen Personennahverkehrs im Ilm-Kreis", so Frank Kuschel.

Nebenbei notiert

Verstörend

KOMMENTAR VON
MDL KATHARINA KÖNIG-PREUSS

Während die Union im Bund darüber diskutiert, dass es keine Zusammenarbeit mit der AfD geben dürfe, fehlt der CDU in Eisenach bereits die klare Haltung bei der Abgrenzung zur NPD. Wenn die Eisenacher Oberbürgermeisterin Katja Wolf (DIE LINKE) die Courage zeigt, der NPD bei der Konstituierung des Stadtrates erneut den Handschlag zu verweigern, fällt der CDU-Stadtratsfraktion nichts Besseres ein, als dies in einer Pressemitteilung als ‚verstörend' zu bezeichnen. Das lässt tief blicken und nährt Zweifel daran, wie ernst es die CDU hier mit der Abgrenzung zu Neonazis und Rassisten hält.
Es wäre einfach nur widerlich, eine Oberbürgermeisterin zum Körperkontakt mit einem führenden Neonazi zu zwingen, der mit diesen Händen anderen Menschen Gewalt angetan hat und dafür zu einer Haftstrafe verurteilt wurde, gegen den auch Ermittlungsverfahren liefen, weil er in der Vergangenheit in der gleichen Hand ein Messer getragen und sexuelle Handlungen an einer 12-Jährigen vorgenommen haben soll. Das Verfahren wurde nur eingestellt, weil eine andere Tat, eine Anstiftung zu einem Sprengstoffanschlag auf einen türkischen Imbiss, schwerer wog.
Verstörend ist nicht, sich diesem Handschlag zu entziehen, verstörend ist, dass die CDU in Eisenach der NPD hier auch noch Rückendeckung gibt.
Schon 2015 hat die CDU-Fraktion in Eisenach mit der NPD gemeinsame Sache gemacht und einem NPD-Antrag zur Abwahl der Oberbürgermeisterin zugestimmt. Dass solche Vorgänge ausgerechnet in jener Fraktion geschehen, deren Vorsitzender gleichzeitig Generalsekretär der CDU Thüringen ist, stimmt uns bedenklich.

Immer auf dem Laufenden bleiben! Mehr Infos über die Arbeit unserer Landtagsfraktion finden Sie hier:

Parlamentsreport

Alle zwei Wochen erscheint der ParlamentsReport unserer Fraktion als Beilage zur Thüringer UNZ – Unsere neue Zeitung (www.unz.de). Darin finden Sie unsere wichtigsten Themen, aktuelle Gesetzesinitiativen, Auszüge aus Landtagsreden, Berichte über Aktionen und Veranstaltungen, Hintergrundinformationen und vieles mehr. Online können Sie die aktuelle Ausgabe, sowie alle alten Ausgaben jederzeit im Internet nachlesen (www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport).

Web 2.0

Aktuelle Informationen über die Arbeit unserer Fraktion finden Sie auch auf www.twitter.com/Linke_Thl und bei www.facebook.com/linke.Thueringen, Videos von Reden und Aktionen bei www.youtube.com/Linksfraktionthl sowie Fotos unter www.flickr.com/linksfraktion-thueringen.

Video-Livestream

Einen Video-Livestream von den meist einmal im Monat stattfindenden Plenarsitzungen des Thüringer Landtages finden Sie während der Sitzungen auf unserer Webseite (www.die-linke-thl.de) und auf der Internetseite des Landtages (www.landtag.thueringen.de) eingeblendet. Dort finden Sie auch die Termine der Sitzungen.

Im Internet

Aktuelle Infos aus unserer Fraktion, Pressemitteilungen, die Kontakte zu unseren Abgeordneten, Termine, Reden und Anträge unserer Fraktion, Broschüren und Flugblätter sowie Hintergrundinfos zu unseren Positionen finden Sie im Internet unter www.die-linke-thl.de.

Petition und Rebellion

Demonstranten forderten die Ausrufung eines Klimanotstandes

Eine Gruppe von Klima-Demonstranten hatte am 3. Juli nicht nur vor, sondern auch im Landtag für Aufmerksamkeit gesorgt. Von der Besuchertribüne aus forderten sie, mit Plakaten und teilweise ausgezogen, mehr Klimaschutz. Über soziale Netzwerke hatten die Thüringer Ableger der Bewegungen Extinction Rebellion und Fridays For Future zu der Demo mobilisiert und die „Ausrufung eines Klimanotstands" verlangt.

Steffen Harzer, Sprecher für Energiepolitik und Klimaschutz der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, erklärte: „Die LINKE unterstützt ganz klar die Forderungen der Fridays For Future Bewegung. Wir setzen uns für einen umfassenden Klimaschutz ein, dafür, dass Thüringen bis zum Jahr 2040 sich aus erneuerbaren Energien versorgt.

Wir haben zwar heute bereits über 30 Prozent erneuerbaren Strom in der Versorgung in Thüringen, aber knapp 50 Prozent des benötigten Stroms kommt aus Thüringen. Mit dem Klimagesetz, in dem das Ein-Prozent-Ziel für Windenergie, die Umstellung in der Wärmeversorgung auf Erneuerbare und die klimaneutrale Landesverwaltung gesetzlich geregelt ist, konnten wir ein erstes Zeichen setzen. Dazu wurde auch eine Energie- und Klimaschutzstrategie des Freistaates erarbeitet, die es umzusetzen gilt.

Foto: Aktivisten von Fridays For Furture übergaben am 3. Juli am Rande der Plenarsitzung die Petition „#Klimanotstand auch in Thüringen ausrufen!" an den Landtag. Im Bild mit den LINKE-Abgeordneten Anja Müller, Marit Wagler, Steffen Harzer und Christian Schaft.

Ein Schwerpunkt muss auf den Verkehrssektor gelegt werden. Es geht nicht nur darum, dass wir PKW mit Verbrenner gegen Elektro-Autos tauschen, vielmehr muss ein Umdenken erreicht werden in Punkto ÖPNV- und SPNV-Nutzung, Carsharing und Fahrradfahren, eben in der täglichen Mobilität.

Den Bürgern müssen klar und deutlich Wege aufgezeigt werden, wie eine klimaneutrale Umstellung ihrer eigenen Energieversorgung möglich und machbar ist, auch finanziell. Wir müssen in unserem täglichen Bemühen, die Energiewende zu erreichen und den Klimaschutz fortzuführen, die Bürger mitnehmen und in den Entscheidungsprozessen beteiligen, auch das gehört zu einer erfolgreichen Klimapolitik mit dazu."

Eine „starke Selbsthilfeorganisation"

Bei der jüngsten Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Eichsfeld des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Thüringen e. V. (BSVT) in Heiligenstadt dankte der Kreisvorsitzende Ralf Lindemann dem Ministerpräsidenten Bodo Ramelow für die vielfältige Unterstützung der umfangreichen Arbeit des Verbandes.

Er erinnerte an die sozialen Verbesserungen durch die Landesregierung, wie die dreistufige Erhöhung des Landesblindengeldes auf 400 Euro, die Einführung eine Nachteilsausgleichs für Gehörlose und Taubblinde. Lindemann, der nunmehr 34 Jahre den Kreisverband im Eichsfeld leitet, freute sich über die vielen positiven Ergebnisse: 76 ordentliche und fördernde Mitglieder sind derzeit organisiert, das Betreuungsprogramm reicht von Mitgliederversammlungen, Vorträgen, über Hilfsmitteltage bis zu Busfahrten und Sportveranstaltungen. Die Überregionale Beratungsstelle, seit 2017 auch mit Blickpunkt Auge, hat 2018 über 1100 Beratungen durchgeführt. Seit 1991 erlebten beim Schulprojekt bereits 2898 Schüler der Klassen 1 bis 11 im Landkreis die besondere Unterrichtsstunde.

Bodo Ramelow dankte für die sehr gute Arbeit. „Wir brauchen", so sagte der Regierungschef wörtlich, „eine starke Selbsthilfeorganisation, die immer wieder den Finger in die Wunde legt".

Silke Senge
Foto: Johanna Edler

Impressum HERAUSGEBER: Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt | REDAKTION: Annette Rudolph (V. i. S. d. P.), Telefon: 0361 377-2325, Fax: 0361 377-2321, E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de, Internet: www.die-linke-thl.de | Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des »Parlamentsreports« keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. | GESTALTUNG: Uwe Adler, Weimar, www.facebook.com/gestaltunguweadler